

Redebeitrag von [lif:t] am 21.5 in Landau Demonstration „Revolution statt Reaktion“

<http://www.infoladen.de/trier/lift>

Wir wollen anhand dieser Demo gegen Repression und Nazis einige Gedanken zu Organisation von linksradikalem Widerstand vorstellen.

Die Grenzen von antifaschistischer Bewegungspolitik wurden uns einmal mehr am 8. Mai, dem 60. Jahrestag der deutschen Kapitulation vor Augen geführt: trotz einer den deutschen Opfermythos ins Zentrum der inhaltlichen Kritik rückenden linksradikalen Mobilisierung in Berlin konnte diese nicht bis an die Fernseher transportiert werden, sondern wurde größtenteils entfremdet und integriert. Die Demo wurde von Staat und Bullen instrumentalisiert, um einen Naziaufmarsch nicht zuzulassen, der dem Bild eines investitionsfreundlichen Deutschlands schaden könnte - so konnte sich an diesem international beachteten Tag ein Deutschland präsentieren, dass mit seiner Vergangenheit ins reine gekommen ist und Nazis keine Chance gibt - ein Hohn angesichts der alltäglichen Realität von Naziübergriffen und rassistischen und antisemitischen Äußerungen und Taten deutscher PolitikerInnen.

Einmal mehr fordert dieses Ereignis eine kompromislose radikale Kritik an Staat und Gesellschaft in Theorie wie auch in der Praxis. Um sich vor der Integration in die herrschenden Verhältnisse zu schützen, muss die radikale und libertäre Linke sowohl in ihren Ausdrucks- wie auch in ihren Aktionsformen immer die Ablehnung dieser Verhältnisse nach außen tragen.

Genau diese Gefahr lässt sich auch anhand der Entwicklung des Widerstands gegen die Gipfel der ProtagonistInnen der herrschenden Verhältnisse wie bei den G8-, WTO- oder EU-Gipfeln nachzeichnen: zwar war es einstweilen als Erfolg zu verbuchen, dass es bei Events wie dem Gipfel der World Trade Organisation in Seattle das erste mal seit langem wieder gelang, eine nicht ignorierbare Bewegung zu formieren und noch vor den "offiziellen" Gipfelthemen inhaltlich die Agenda zu setzen. Die Ausbeutung der Drittstaaten und Diskussionen um einen "globalisierten Kapitalismus" - was auch immer das heißen möchte - wurden als einzubeziehende Thematiken gesetzt.

Doch darin liegt auch die größte Niederlage dieser Bewegung: Es ist gelungen die Bewegung zu spalten und einen - gemäßigten - Teil zu integrieren, der das Angebot der "Zuarbeit" auch bereitwillig wahrnimmt; während VertreterInnen vieler Nichtregierenden Organisationen seit langem auf den Gipfeln als gemäßigte AlibikritikerInnen willkommen sind, können radikale Positionen ignoriert und lediglich eine Militanz eines "Black Block" als Chaotikum stigmatisiert werden.

Genauso wie die rot-grüne Bundesregierung durch einen offensiveren Umgang mit der deutschen Geschichte es geschafft hat, diese für eine neue, „bessere“ deutsche Identität nutzbar zu machen, so wurde auch die Kritik am Neoliberalismus entwendet und, zu einer rhetorischen Blase entleert, zur Legitimation der herrschenden Zustände eingesetzt, etwa im Selbstbild des sich als „friedlich und sozial“ gebenden „alten Europa“.

Daraus ziehen wir, dass es ein Hauptanliegen sein muss, diese Legitimität der ProtagonistInnen der herrschenden Verhältnisse auf eine soziale und gerechtigkeitsfordernde Rethorik zu zerstören und unsere Kritik an den herrschenden Verhältnissen in ihrer Schärfe zu bewahren und länderübergreifend diese Art der Auseinandersetzung in der radikalen und libertären Linken erneut zu etablieren

Seit dem 1. Januar diesen Jahres hat Luxemburg die Präsidentschaft der Europäischen Union inne. Dazu gehört auch ein Gipfel der Staatschefs, der Mitte Juni stattfinden wird. Dort sollen die Weichen für neue Schritte hin zu einem den Anforderungen des globalisierten Kapitalismus dienenden Standort Europa gestellt werden.

Und obwohl dieser Gipfel nun nach Brüssel verlegt worden ist, werden wir die geplanten antieuropäischen Aktionstage vom 16. - 19. Juni in Luxemburg durchführen. Luxemburg mit seinen europäischen Institutionen steht für die Ambitionen der europäischen Staaten, den Standort Europa innenpolitisch, außenpolitisch und wirtschaftlich fit zu machen. Es ist uns wichtig, die repressive Flüchtlingspolitik, militärische Aufrüstung und den Abbau sozialer Rechte nicht als voneinander isolierte Themenfelder der europäischen Politik zu begreifen, sondern als zusammenhängende Manifestationen eines kapitalistischen Projekts Europa anzugreifen. Staatliche Repression und Überwachung stehen hier für die Erhaltung eines für den Kapitalismus notwendigen organisatorischen Rahmens. Wir sehen in der Thematisierung dieses Prozesses und seiner Verbindungen durch die radikale Linke eine Möglichkeit, aus den Teilbereichs- und Abwehrkämpfen herauszukommen und eine Kritik zu entwickeln, die eine Zukunft ohne Kapitalismus und Nation denkbar werden lässt. Dadurch wollen wir auch in der sog. "Antiglobalisierungsbewegung" fortschrittliche Positionen stärken. Es ist uns wichtig, eine Alternative zu den regressiven Teilen dieser Bewegung zu bieten.

Zuletzt bleibt noch zu sagen: Eine Etablierung fortschrittlicher Positionen funktioniert nur durch eine länderübergreifende Diskussion innerhalb der radikalen und libertären Linken. Das antieuropäische Camp in Luxemburg soll eine Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit antikapitalistischen und herrschaftskritischen Positionen jenseits von Staat und Nation bieten. Die Großdemo am 18. Juni und kleine direkte Aktionen sollen den Widerstand spürbar werden lassen.

Mehr Informationen und Texte zu der luxemburgischen Präsidentschaft und der Mobilisierung findet ihr auf unserer Internetseite www.eurotop.lu - Lasst es euch nicht entgehen, dem kleinen Grossherzogtum einen Besuch abzustatten und die sauberen aufgeräumten Strassen und Köpfe im Herzen der dritten Europa-Hauptstadt nachhaltig ausser Kontrolle zu bringen.

bis in Luxemburg, 16. - 19. Juni